



Gesetz zu werden. So folgt ein Staat dem andern und wir sind gegenwärtig auf dem besten Wege, eine Aera des Hochschutzzolles inaugurirt zu sehen. Dass das geschieht zu einer Zeit, wo sich die Arbeiterschaft von den Folgen der elementar wirkenden Geschäftskrise noch lange nicht erholt hat und wo insbesondere unsere Gewerkschaften noch empfindlich darunter leiden, das giebt der Frage aktuellen Inhalt, welche Konsequenzen sich daraus für die um eine höhere Lebenshaltung ringende Arbeiterschaft ziehen lassen.

Dass im englischen Reiche, wo die rein wirtschaftlichen Fragen über Sein oder Nichtsein einer Regierung entscheiden, Chamberlain gefallen ist, mag heute den Schein erwecken, dass der ganze Streit im Sinne der freihändlerischen Richtung entschieden sei. Das ist aber, so weit man die allgemeinen Vorgänge überblickt, keineswegs der Fall. Der Premierminister Balfour, der als Vertreter des freihändlerischen Prinzips in einer ausführlichen Publikation gleichsam sein volkswirtschaftliches Glaubensbekenntnis niedergelegt hat, weist auffallenderweise darauf hin, dass sich auch seine Theorien über den Freihandel wesentlich von jenen vor etwa sechzig Jahren unterscheiden. Wohl habe der englische Handel unter der Freihandelsära kolossal zugenommen, allein die Zunahme der Ausfuhr stehe keineswegs in einem entsprechenden Verhältnisse zum Wachstum des Wohlstandes im Lande, was vor allem auf die wehträchtigen Zolltarife der übrigen industriellen Staaten zurückgeführt werden müsse, die keinerlei Absicht bekunden, sich von den bisherigen Systemen abzuwenden. Diese Aeusserungen, die ganz klar darauf hinzielen, dass man mit Rücksicht auf die schutzzöllnerischen Tendenzen in den übrigen industriell entwickelten Ländern auch in England dem Freihandel abhold wird, geben zu denken.

Stellen wir uns nun zunächst die Frage: Welchen Sinn hat überhaupt ein Eingangszoll auf industrielle Produkte? Soweit bei der Frage der alte industrielle Schutzzoll in Betracht kommt, doch nur der, die Entwicklung bestimmter Produktionszweige, die infolge ungünstiger Umstände noch schwach sind, vor einer fremden Konkurrenz zu schützen und ihnen so die Möglichkeit einer andauernden Bestandfähigkeit zu sichern. Solange unter solchen Umständen eine Industrie den Inlandsbedarf noch nicht vollkommen deckte, handelte es sich gar nicht um »Prohibitivzölle«, sondern um solche, denen eine »erzieherische« Wirkung beigemessen werden konnte. Als »Erziehungszoll« will daher auch v. List den Schutzzoll aufgefasst wissen. Der Zoll hatte also wenigstens vom Standpunkte der schutzzöllnerischen Theoretiker eine gewisse Berechtigung. Von diesem Gesichtspunkte aus verlor aber jeder Industriezoll seine Bedeutung und seinen Zweck, als die Produktion des betreffenden Industriezweiges hinreichte, den Inlandsmarkt zu befriedigen, und auf den Export angewiesen war, ja er wurde in seinem weiteren Bestande zu einem direkten Hindernis für den Warenaustausch, da er, wie gerade die augenblickliche Situation zeigt, — andere Staaten zu Gegenmassregeln veranlasste. Die Wirkung in der letztgenannten Hinsicht sehen wir in der gesamtstaatlichen Zollpolitik, die überall das Motiv der Vergeltung in das wirtschaftliche Leben hineingetragen hat. Hat also der sogenannte »Erziehungszoll« die Aera des industriellen Kapitalismus eingeleitet, so bescheidet sich letzterer wie die momentane Lage der Dinge beweist, mit dieser dem Schutzzoll zugeordneten Rolle keineswegs. Aus dem Schutzzoll der Vergangenheit wird der mit allen Mitteln forcierte Hochschutzzoll der Gegenwart.

Welchen Sinn letzterer für den industriellen Kapitalismus nunmehr besitzt, das lässt sich am allerdeutlichsten aus den konkreten Tatsachen herauslesen. In den volkswirtschaftlichen Rubriken der Bourgeoisprese ertönt seit längerer Zeit schon das Lied von der »amerikanischen Gefahr« in allen Variationen. Wohl in der ganz richtigen Voraussetzung, dass sich in dieser Richtung die Öffentlichkeit gerade jetzt, wo

sich durch ein allmächtiges Kriseln auch in der amerikanischen Industrie unheil kündende Wolken melden, lange nicht mehr so pessimistisch stimmen lässt, wie im Anfange, — schrieb vor wenig Tagen ein bürgerliches Blatt, dass die Erneuerung des deutschen Roheisenkartells auf alle Fälle zu einer Notwendigkeit geworden sei, da man, wenn gleich die Gefahr, die der Eisenindustrie von Amerika her drohe, bedeutend geringer wurde, »dennoch die Gestaltung in der Zukunft nicht voraussehen könne«. Das Zustandekommen der Kartelle und Syndikate, das man auch anderwärts und zwar in den verschiedensten Industriezweigen mit dem Hinweise auf die amerikanische Konkurrenz forcierte, ist ein typisches Kennzeichen aller vorgeschrittenen und entwickelten kapitalistischen Verhältnisse. Dazu kommt, dass gerade die Periode einer wirtschaftlichen Krise diese neuen kapitalistischen Betriebsformen geradezu treibhausmässig züchtet. Während zahlreiche kleine Unternehmungen unter dem Drucke der verschärften Konkurrenzgesetze zusammenbrechen, vollzieht sich durch den Zusammenschluss der wirtschaftlich Stärkeren eine Sozialauselese der schlimmsten Art. Bei dem möglichst raschen Zustandekommen von Kartellen kommt es aber vor allem darauf an, die Konkurrenzgesetze möglichst ausser Kraft zu setzen. Das geschieht nun dadurch, dass man die Unternehmer ein und desselben Industriezweiges in einem Lande vor dem Preisdruck des konkurrierenden Auslandes schützt, um ein leichteres Vorgehen der betreffenden Interessenten in gemeiner Sache zu bewerkstelligen. Die Anrufung des Schutzzolles geschieht also hier direkt zu dem Zwecke, um die Stärkung nicht etwa der Schwachen, sondern der Starken zu ermöglichen. Der Zoll der Industriearbeit wird also hier zu einem fundamentalen Bollwerk, hinter dem sich ungestört in friedlicher Eintracht der Zusammenschluss der wirtschaftlichen Machthaber vollzieht und ihnen so eine Art Monopolstellung in dem betreffenden Industriezweige einräumt. Ist das Kartell aber einmal da, dann wird es zu einem der stärksten Triebkräfte, die hochschutzzöllnerischen Pläne durchzusetzen, deren Verwirklichung andererseits, wie wir gesehen, auf den Abschluss von Kartellen ungemein günstig einwirkt und deren Fortbestand sichert. Ursache und Wirkung steht also hier im kausalsten Zusammenhang.

Welche Bedeutung den Kartellen in ihrer Beziehung auf die Arbeiterfrage zukommt, soll hier nicht näher untersucht werden, obwohl gerade diese Frage ungemein wichtig ist. Nur einige konkrete Tatsachen mögen hier angeführt werden. Die Wirkungen der Kartelle und Syndikate auf dem Arbeitsmarkt konnte die deutsche Arbeiterschaft während der Dauer der noch keineswegs völlig durchlaufenen Geschäftskrise in der fühlbarsten Art wahrnehmen. In den hervorragendsten Industriezweigen, wie Kohle und Eisen, haben es die Kartelle verstanden, auch während der Periode des erhöhten Preisdruckes die Inlandspreise, deren Augenmerk bekanntlich die ganze Kartellpolitik zugewendet ist, hochzuhalten, so dass solcher Art durch ein künstliches Hinaufschrauben der Produktions- und Investitionskosten für eine Reihe von anderen Produktionsgruppen, deren Tätigkeit noch weiter lahmgelegt und die Wirkungen der Krise verschärft werden. Gerade dort, wo die Kartelle die Preise für Rohstoffe und Halbfabrikate zu bestimmen hatten, wurden den Konsumenten noch vor Eintritt der katastrophalen Erschütterung langfristige Verträge diktiert, in denen die Preise so hoch geschraubt waren, dass sie bei Eintritt der allgemeinen Verfallung unmöglich weiter bezahlt werden konnten, was den Zusammenbruch vieler Unternehmungen beschleunigte. Von diesem Gesichtspunkte haben wir nun heute den erhöhten Industriezöllen näher zu treten. Kommen die Schutzzöllner mit ihren Bestrebungen auf ihre Rechnung, dann ist die Frage mit Rücksicht auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Gesamtlage am Platze: »Was nun?« Darüber in einem folgenden Artikel.

Fr. L.

## Korrespondenzen.

Korrespondenzen ohne Beidruck des Stempels der Zahlstelle oder Filiale finden keine Aufnahme.)

Berlin, Sektion der Schleifer. Am Sonntag, den 17. d. M. fand im »Rosenthaler Hof«, Rosenthalerstrasse eine Versammlung mit Frauen statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Genossen Waldeck-Manasse über »die Kirche und ihr grosser Magen«. Leider war Referent verhindert zu erscheinen und an dessen Stelle sprach der Kollege Bartels über »Heinrich Heine's Dichtungen« mit anschließenden Rezitationen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fidelitas. Zunächst wurden einige geschäftliche Sachen erledigt. Nun erhielt Kollege Bartels das Wort zu seinem Vortrag, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Da von einer Diskussion Abstand genommen, gelangte auch die humoristische Seite zu ihrem Rechte, es wurde noch recht kräftig das Tanzbein gedreht. Trotz des herrlichen Wetters, das Jung und Alt in die freie Natur lockte, waren doch ca. 70 Personen erschienen. — Inhalt des Vortrags im Bericht der Lithographenfamilie Berlin III, Graph. Presse No. 17.

Berlin IV. Die Versammlung am 23. April wurde um 9 Uhr vom Vorsitzenden eröffnet. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls gab Kollege Roder den Kassenbericht für das 1. Quartal 1904. — Die Bilanz von Ausgaben und Einnahmen beträgt 706,50 Mk. bei 1204 Wochenbeiträgen; Bestand der Lokalkasse 76,06 Mk. Nachdem von seiten der Revisoren bestätigt ist, dass Kasse und Bücher in bester Ordnung befunden wurden, wird dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. — Hierauf wurde zu Punkt 3 »Anträge zur Generalversammlung« übergegangen. Zwei Anträge der Kollegen Dressler und Lochmann, die dahin lauteten, Reiseunterstützung nur an arbeitslose Mitglieder oder solche, die vor Antritt der Reise mindestens 1 Woche arbeitslos waren, zu zahlen, wurden abgelehnt. — Die Kollegen Schöpke und Kuntke traten für einen weiteren Ausbau der Arbeitslosenunterstützung ein, dahin gehend, dass ältere Kollegen, die 5 und mehr Jahre dem Verein angehören, eine höhere Unterstützung beziehen können als solche, die vielleicht 2—3 Jahre Mitglied sind. So kann unter Umständen ein Mitglied, das in 5 Jahren an den Verein 132,50 Mk. an Beiträgen gezahlt hat, nicht mehr als 72 Mk. Unterstützung beziehen, ebenso wie ein Mitglied, das erst 3 Jahre dem Vereine angehört. Es wurde da noch eine 4. Skala in den Statuten für ältere Mitglieder gewünscht. Kollege Roder war der Ansicht, dass der Hauptvorstand vielleicht die Absicht hat, die Einrichtung der Lokalkassen, wie sie in Berlin bei einigen Filialen besteht, wo ein Mitglied bei einem Extrabeitrag von 10 Pf. pro Woche, ausser seiner nach dem Statut zu beanspruchenden Unterstützung, noch 6 Mk. pro Woche mehr erhält; zu verallgemeinern. — Ein Antrag, den Beitrag um 10 Pf. pro Woche zu erhöhen, wurde gegen 2 Stimmen angenommen. Hierbei wurde der Wunsch laut, der Hauptvorstand möchte genaueres darüber mitteilen, wie er die 10 Pf. Mehrbeitrag zu verwenden gedenkt. Unter Punkt 4 »Verschiedenes« wurde der schwache Besuch des letzten Lichtdruckervergnügens getadelt, ungefähr  $\frac{1}{3}$  der organisierten Kollegen war nur anwesend; es ist wirklich beschämend, dass die Kollegen sich nicht einmal zu einem Vergnügen zusammenfinden; wie wird es da erst werden, wenn dieselben sich zu einer ersten Sache zusammenfinden sollen. — Ferner beschwerte sich ein Kollege darüber, dass an der »Graph. Rundschau« ein Mann als Redakteur angestellt sei, der sehr wenig auf Seite der Gehilfen steht. Derselbe soll Mitglied des Chefsvereins der Photographen Berlins sein etc. und in der »Photographischen Chronik« Stellung gegen den Photographen-Gehilfenverein genommen haben. Wenn derselbe auch nur technischer Redakteur ist (nebenbei bemerkt wurde auch die Ansicht ausgesprochen, dass die technischen Berichte durchaus nicht auf der Höhe der Zeit stehen), so hat er, da er von dem Gelde des Vereins bezahlt wird, zum mindesten die Pflicht, eine Gesinnung zu zeigen die nicht mit der der Gehilfen in Widerspruch steht. Nach einer ziemlich regen Diskussion hierüber schloss der Vorsitzende die schwachbesuchte Versammlung um 11 $\frac{1}{2}$  Uhr.

S. K.

Br. slau. Bezugnehmend auf die Warnung in der letzten Nummer der »Gr. Pr.« teilen wir den Kollegen mit, dass eine Einigung mit der Firma Mamlock u. Söhne nicht erfolgt ist, da die Firma es nicht für nötig befunden hatte, dem Vorstand eine Antwort zukommen zu lassen. Darauf kündigten am Sonnabend sämtliche organisierten Steindruckere. Wir bitten daher, Zuzug nach Breslau bis auf weiteres strengstens fernzuhalten. Näherer Bericht folgt in nächster Nummer der »Gr. Pr.«.

Dresden. Die Filiale I benutzte die letzten zwei Monatsversammlungen vom 26. März und 23. April zu Diskussionsabenden über Anträge zur diesjährigen Generalversammlung des Vereins. Den Hauptpunkt bildete, wie im Voraus zu sehen war, die Beitrags-erhöhung. Nach einer kurzen Einleitung erklärte Kollege Paul Leinen seine Stellungnahme zur Beitrags-erhöhung und tritt darin für eine Erhöhung von 10 Pf. ein. Seine anfeuernden Ausführungen und die Worte betreffs einer Flaumacherei bezüglich der Beitrags-erhöhung in einem grösseren Geschäft am Platze, forderten die Kollegen zur regen Aussprache über diese Materie. Es sprach zunächst

Kollege P. Barthel, Lithograph, gegen eine Erhöhung des Beitrags unter "sehen schon früher" in einer Lithographen-Versammlung und bei anderen Gelegenheiten ins Feld geführten Gründen. Im Prinzip sei er auch für eine Erhöhung, jedoch lege er im Interesse des Verbandes mehr Gewicht auf die Erhöhung des Prozentsatzes der organisierten Kollegen als auf die Erhöhung des Kampffonds. Desgleichen äußerte sich Kollege Hiekmann als Gegner einer Beitragserhöhung. Seine Begründung deckt sich mit der seines Vorredners. Er sieht keine direkte Notwendigkeit dafür und weist an der Hand der letzten Abrechnung nach, dass unser Kampffonds, trotz der lauen Konjunktur in den Jahren seit der letzten Beitragserhöhung das gesteckte Ziel weit übertroffen habe, befürchtet ferner den Rückgang des Prozentsatzes der organisierten Kollegen durch diejenigen, welche in festerer Stellung sich befinden und wenig von den Unterstützungen Gebrauch machen. Nun wendete sich Kollege Giegling, Lithograph, gegen diese Befürchtung und zeigt die Notwendigkeit der Beitragserhöhung an den bevorstehenden Kämpfen, die sich bei der Durchführung des Tarifs nicht vermeiden lassen werden. Es sprachen weiter gegen eine Erhöhung Kollege Lindenberg, Barthel und Hiekmann. Barthel verliest eine von ihm verfasste Resolution, welche besagt:

„Die Versammelten wollen sich gegen eine Erhöhung erklären, weil eine Erhöhung des Prozentsatzes der Organisierten, ohne Erhöhung des Beitrags, leichter durchzuführen sei und wir dieses für wichtiger halten, als eine grössere Ansammlung von Geldern. Um aber die Stimmung unter den Mitgliedern voll und ganz kennen zu lernen, beantragen die Versammelten Kollegen eine Urabstimmung.“

Eine andere Resolution von Kollege Hiekmann und Genossen besagt:

„Dass die gegenwärtigen Verhältnisse nicht geeignet sind eine Erhöhung der Beiträge ohne Nachteile für den Verband durchzuführen. Die Versammlung ist vielmehr der Meinung, dass nach Lage der gegenwärtigen Kassenverhältnisse eine Erweiterung der Unterstützung am Ort ganz gut möglich sei.“

Es sprachen noch einige Kollegen für und gegen eine Erhöhung. Da die Zeit aber ziemlich vorgeschritten und noch drei Redner vorgezeichnet waren, stellte P. Leinen den Antrag auf Vertagung der Diskussion, da noch eine Versammlung schon von der Verwaltung ins Auge gefasst sei. Dieser Antrag wurde mit 28 gegen 21 Stimmen angenommen. In der nächsten Versammlung am 23. April setzte die Diskussion wieder sehr lebhaft ein. Es wurde zunächst bedauert, dass die Resolutionen nicht vorhanden sind, wofür Kollege Unger seine Rüge erhält, indem er selbige zu Hause liegen liess. In der weiteren Verhandlung kommen die schon oben genannten Kollegen wieder zum Wort unter verschiedenen neueren Argumenten. Jedoch gelangt man nicht zum Austrag einer bestimmten Richtung in Form einer Resolution, da eine solche nicht wieder vorliegt. Kollege Lindenberg giebt zu erkennen, dass man auf eine Resolution seitens der Verwaltung gespannt war. Hierzu führt Kollege P. Leinen aus, dass genügend Resolutionen und Material schon von anderen Städten vorliegen und eine Urabstimmung vorzunehmen nicht mehr möglich sei vor der Generalversammlung, dieselbe aber schon Statutenänderung und Beitragserhöhung auf der Tagesordnung stehen habe. Kollege Unger wendete sich gegen die falschen Vermutungen bezüglich des Vergessens der Schriftstücke, und kann den hohen Wert der vom nicht anwesenden Kollegen Barthel verfassten Resolution, nicht erkennen. Dem Sinne angepasst könne man doch eine neue Resolution vorlegen, da nach einer so regen Debatte die Sache sich wohl ganz anders geklärt und genügend Zeit dazu da war. Ferner wird der Antrag auf Aenderung der Unterstützungssätze und Karrenzzeit, wie er vorliegt, einstimmig abgelehnt.

M. U.  
Freiburg i. Schl. Am Sonnabend, den 23. April hielt die Zahlstelle des Vereins der Lithographen und Steindruckers im hiesigen Gewerkschaftshaus ihre Monats-Versammlung ab. Der Vorsitzende Kollege Puffer eröffnete dieselbe um 8 $\frac{1}{2}$  Uhr und gab folgende Tagesordnung bekannt: 1. Abrechnung vom 1. Quartal. 2. Die Aufgaben unserer nächsten General-Versammlung. Referent: Kollege Gillner. 3. Diskussion. 4. Wahl von 2 Bezirkstagsdelegierten und Anträge zu demselben. 5. Wahl eines Kassens-revisors und eines Viatikum-Kassierers. 6. Verschiedenes. Zum 1. Punkt »Abrechnung« berichtete Kollege Noreisch als Kassierer. Bücher und Belege wurden in bester Ordnung befunden und dem Kassierer auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Beim 2. Punkt referierte Kollege Gillner. Redner gab nun zunächst einen historischen Rückblick und schilderte in seinen 1 $\frac{1}{2}$ -stündigen Ausführungen in trefflichen Worten die Entstehung des Organisationsgedankens in unseren Reihen vom Jahre 1872, wozu ein Lokaltreik in Nürnberg den ersten Anlass zur Gründung von lokalen Fachvereinen gab. Leider hielt der Künstlerstolz und die allzu grosse Interessenlosigkeit, wie dies auch leider heute noch der Fall, damals viele von der Organisation fern. Das Beispiel des Verbandes der Buchdrucker wirkte anregend auf unsere Kollegen und deshalb tauchte im Jahre 1873 der Gedanke zur Gründung einer Zentral-Organisation zum ersten Male auf, und es entstand der Senefelder-Bund. Reaktionäre Bestreb-

ungen jedoch in unseren Reihen brachten es dahin, dass sich der Bund bald wieder in 2 Parteien spaltete, wozu der Druck des im Jahre 1878 in Kraft getretenen Sozialistengesetzes noch das Seinige that, und der mit Mühe zusammengehaltene Verein vollends in die Brüche ging. Die Organisations-Paragrafen wurden gestrichen und der Bund wurde nur Unterstützungs-Verein, was er bis heutigen Tages noch ist. Mit dem Ende des Sozialistengesetzes erwachte auch bei uns wieder der Organisationsgedanke und es schlossen 1890 die bis dahin bestehenden Lokalvereine sich zu unserer heutigen Organisation zusammen. Redner schilderte des weiteren die Kämpfe unserer Organisation, sowie das Stemmen gegen jede Beitragserhöhung und weist darauf hin, dass gerade diese Bewegung unseren Vormarsch bedeutend aufgehalten hat. Zur Gegenwart übergehend, giebt Referent ein klares Bild über die bevorstehenden Aufgaben unserer nächsten General-Versammlung, wobei er zunächst auf die Notwendigkeit einer Tarifgemeinschaft hinweist und ganz entschieden für eine Erhöhung der Beiträge und weiteren Ausbaues unseres Unterstützungswesens eintritt. Redner steht auf dem Standpunkt, dass eine Erhöhung der Beiträge in der Organisation, welche doch eine Stärkung derselben bedeutet, auch dem Senefelder-Bund zu gute kommt; da eine starke Organisation für ihre Mitglieder auch grössere Vorteile erringen kann, und dieselben bei Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen in die Lage setzt, ihre Gesundheit in bedeutend grösserer Masse zu schonen; wodurch die Erkrankungsfälle, sowie die zeitliche Inaktivität unserer Kollegen vermindert würde. In sehr sachlicher Weise behandelt weiter Redner die Schleiferfrage, die Heimarbeit, schildert hierbei die trostlosen Zustände in den Privatlithographien, die Neutralität der Gewerkschaften, wobei er mit der Haltung der »Graph. Presse«, welche in der Sozialdemokratie die einzig richtige Partei zur Vertretung der Interessen der Arbeiter erblickt, ohne die Neutralität zu verletzen, voll und ganz einverstanden ist. Nachdem Redner der Versammlung noch Anregung zu verschiedenen Statuten-Änderungen gegeben, schliesst er seine Ausführungen mit der Aufforderung an die Kollegen, sich mit mehr Interesse als bisher der Organisation zu widmen. In der darauffolgenden Diskussion sprach man sich für eine Beitragserhöhung aus, und wurde hierauf folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 23. April tagende Versammlung der Zahlstelle Freiburg i. Schl. des Vereins der Lith., Steindruckers und Berufsgenossen Deutschlands erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten betreffs Beitragserhöhung und weiterem Ausbau unseres Unterstützungswesens einverstanden.“

Ferner nimmt die Versammlung Kenntnis von dem Antrag der Zahlstelle Frankfurt a. M., welcher dahin geht, die General-Versammlung des Vereins nach der Senefelder-Bundes stattfindend zu lassen, womit sich die Versammlung aber nicht einverstanden erklärt; ja dies sogar als eine Zurücksetzung des Vereins betrachtet. Der Antrag Frankfurt a. M. verfolgt den Zweck einer Beitragserhöhung im Bund die Wege zu ebnen, was gleichbedeutend mit einer Verweigerung der Beitragserhöhung im Verein zu bezeichnen ist, weshalb wir Hauptvorstand wie Ausschuss ersuchen, dem nicht stattzugeben.“

Zum 4. Punkt wurden die Kollegen Neumann und Gillner als Bezirkstagsdelegierte wiedergewählt und der Vorstand beauftragt, die zum Bezirkstag gestellten Anträge dem Bezirksvorsitzenden zu überweisen. Zu Punkt 5 wurde Kollege Krätzig als Kasserevisor und Kollege Schneider als Viatikumskassierer gewählt. Unter Punkt »Verschiedenes« fordert der Vorsitzende noch die Kollegen auf, recht zahlreich sich an der Maifeier zu beteiligen; zumal es uns doch diesmal in doppelter Hinsicht vergönnt ist, einestheils da uns ein Gewerkschaftshaus zur Verfügung steht und dieses lebensfähig erhalten werden muss, andernteils die Feier dieses Jahres am Sonntag fällt, und ein jeder, zielbewusste organisierte Kollege es sich an der Zeit nicht fehlen lassen darf, um gerade an diesem Tage ein paar vergnügliche Stunden dort zu verleben. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten fand die Versammlung, welche trotz der Wichtigkeit der Tagesordnung, nur von 14 Mitgliedern besucht war, um 11 $\frac{1}{4}$  Uhr ihren Abschluss.

M. P.  
Leipzig III. Versammlung vom 15. April, Anfang 8 Uhr. 1. Abrechnung vom 1. Quartal. Bericht des Vertrauensmannes. Hieraus ist ersichtlich, dass sich der Mitgliederbestand im vergangenen Quartal um 109 Mitglieder erhöht hat, 19 sind abgereist, davon 1 ins Ausland, 1 kam zum Militär und 3 sind freiwillig ausgetreten. Der jetzige Mitgliederbestand der Sektion III ist 358, davon am 1. April 9 Arbeitslose. Einnahme durch Markenverkauf 1767 Mk. durch Eintrittsgelder 33,50 Mk. An die Hauptkasse wurden gesandt 1350 Mk., ausgezahlt an Reiseunterstützung 23,80 Mk., an Arbeitslosenunterstützung 267 Mk., Unterstützung Gemassregelter 11,66 Mk. Punkt 2: Unsere nächste Generalversammlung, Referent: Redakteur Obier. In seinen Ausführungen streifte Referent die verschiedenen Punkte, mit denen sich unsre nächste Generalversammlung zu beschäftigen hat und sei hier in Kürze nur das Wichtigste hervorgehoben. Der Hauptstreitpunkt würde sicher die geplante Beitragserhöhung sein, doch glaubt er, dass diese Frage trotzdem eine friedliche Lösung findet. Er hebt die

Notwendigkeit eines grossen Kampffonds hervor, denn nur mit einem solchen liessen sich erste Forderungen durchsetzen. Gerade die Chemigraphen hätten allen Grund für Kampfmittel zu sorgen, man solle nicht denken jetzt, wo wir den Tarif in der Tasche haben, brauchen wir den erhöhten Beitrag nicht. Wir gehen schwierigen Aufgaben entgegen und da sind gefüllte Kassen die Hauptsache. Redner bespricht dann die Tarifangelegenheiten, Schleiferfrage, Presse und äusserte sich hierbei über die speziellen Leipziger Verhältnisse. Leipzig stände nicht mit an der Spitze der Organisation, wenn nicht unsere Vertrauensleute so intensiv gearbeitet hätten. Redner kritisierte noch verschiedene, des Abänderns bedürftige Punkte und fordert insbesondere auf, in Zukunft mehr für einen guten Versammlungsbesuch zu agitieren. In der hierauf folgenden Debatte sprachen sich verschiedene Mitglieder für, andere gegen Beitragserhöhung, aber fast alle für Beamtenanstellung in Leipzig aus. Eine Resolution, die sich für die Erhöhung erklärte, gelangte nicht zur Abstimmung, da ein Antrag vorlag, den Punkt: Beitragserhöhung zu vertagen und in Kürze eine Versammlung mit diesem Punkt als einzigen, einzuberufen. Da dieser Antrag Zustimmung fand, erübrigt es sich, auf die einzelnen Ausführungen einzugehen. 3. Punkt: Unsere aufgenommene Statistik. Den Bericht gab der Vertrauensmann und ist hieraus ersichtlich, dass hier in Leipzig 93,3 Proz. Kollegen organisiert sind. Die Durchschnittslöhne betragen für: Auto-Aetzer 31,80, Dreifarb.-Aetzer 35, Strich-Aetzer 29,65, Photographen 33,34, Ceperer 25,93, Abdecker 25, Nachschneider 32,94, Retoucheure 29,65, Montierer 25,32, Fräser 26,90, Drucker 26,25, Umdrucker 29,50 Mk. Im allgemeinen seien die statistischen Fragebogen gut ausgefüllt worden, aber es giebt trotz aller Aufklärungsarbeit immer noch eine Reihe Kollegen, welche sich derartigen Statistiken gegenüber misstrauisch und ablehnend verhalten. Mit der Geheimnisstueri betreffs der Gehaltshöhe muss nun endlich einmal aufgeräumt werden. Auch die vielen Ueberstunden die von verschiedenen Kollegen gemacht werden, sind noch ein Zeichen gewisser Rückständigkeit. Nur durch möglichste Einschränkung der Ueberstundenarbeit liesse sich die zeitweilig erschreckende Arbeitslosigkeit bekämpfen. Bericht des Zentral-Arbeitsnachweis-Vermittlers: Es meldeten sich im letzten Quartal 113 Kollegen und zwar 15 Photographen, 4 Kopierer, 14 Retoucheure, 10 Dreifarb.-Aetzer, 33 Auto- und 19 Strich-Aetzer, 5 Nachschneider, 5 Drucker, 1 Umdrucker, 6 Monteure. Offene Stellen wurden 107 gemeldet, davon für Photographen 10, Kopierer 3, Retoucheure 23, Autoätzer 28, Strich-Aetzer 15, dreifarb.-Aetzer 9, Nachschneider 9, Drucker 4, Monteure 6. Besetzt wurden 82 Stellen, in Unterhandlung standen am 1. April noch 25 Vakanzen, offene Stellen wurden gemeldet in 41 Fällen von Prinzipalen, in 40 vom Tarifamt, in 11 durch Kollegen, in 2 aus der Zeitung und in 11 Fällen per Telfon. 9 Kollegen sind am 1. April arbeitslos gemeldet. Es kam dann ein Fall zur Sprache, wo ein Kollege bei Stellenwechsel den Arbeitsnachweis umgangen hatte, indem er sich direkt an eine Firma schriftlich wandte, hierbei den Arbeitsnachweis einer abfälligen Kritik unterzog und dadurch letzteren in Misskredit brachte. Dieses Gebaren wurde von der Versammlung als höchst verwerflich gekennzeichnet. Firma Meissenbach (Leipziger Geschäft) verlangte in den verschiedensten Fällen Gehilfen vom Arbeitsnachweis, welche ihr auch zugewiesen wurden, jedoch musste der Arbeitsnachweis-Vermittler in letzter Zeit stets die Erfahrung machen, dass sämtliche Kollegen ablehnen mussten wegen »Lohnfrage« da sich keiner bewegen fühlte, dort für den angebotenen Lohn zu arbeiten. »Kollegen Vorsicht!« Firma Mejo & Springe scheint sich dadurch »berühmt« machen zu wollen, dass sie Kollegen in Minimallohn engagiert mit dem Bemerkung, bei guter Leistung (dann entsprechend mehr zahlen zu wollen. Die Kollegen haben allen Grund, in solchen Fällen sehr vorsichtig zu sein, schon um den Tarifgegnern den Wind aus den Segeln zu nehmen und um die Meinung nicht aufkommen zu lassen, der Minimallohn drücke die Löhne herab. Beim Arbeitsnachweis liegen von jetzt ab die ausgefüllten statistischen Fragebogen zur Einsicht aus (ohne Namen!) sodass bei vorkommenden Stellenwechsel jeder Kollege in der Lage ist, sich über die bisher in der betreffenden Firma gezahlten Löhne orientieren zu können, um so Preisunterbietungen zu verhüten. Die Kollegen wollen hiervon den weitesten Gebrauch machen.

F. U.  
Nürnberg. Die »Fränkische Tagespost« hier brachte einen Bericht über unsere allgemeine Versammlung, der für die Leser der »Gr. Pr.« ebenfalls von Interesse sein dürfte. Am Versammlungsabend erliess in obiger Parteizeitung die hiesige Sonderbunds-»Leitung« die bekannte »Vertrauensmänner-Erklärung« (s. No. 17 der »Gr. Pr.«), der aber in derselben Nummer die Antwort des Kollegen Ries auf dem Fusse folgte. Darob fürchterliches Wutgeschrei der Sonderbündler über Vertrauensbruch der Annoncen-expedition, Verrat durch Sonderbundsmitglieder und wer weiss, was noch mehr geschrien wurde. Lassen wir sie heulen, die Töne beweisen, wie die Schläge gegessen haben. Aller Voraussicht wird der nächste »Lithograph« den bekannten Kübel über die hiesige organisierte Kollegenschaft im allgemeinen und den Referenten insbesondere, — den sie kalt stellen

